

ZIEMLICH BESTE

FREUNDE

ZIEMLICH BESTE

FEINDE

ZIEMLICH BESTE FREUNDE – ZIEMLICH BESTE FEINDE

EIN HISTORISCHER BLICK AUF DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFT

MANFRED BERG

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die deutsch-amerikanische Freundschaft zum Symbol der moralischen Rehabilitierung Deutschlands und seiner Integration in eine westliche Werte- und Sicherheitsgemeinschaft. Aber können Staaten überhaupt Freunde sein – oder existieren in der Politik nicht vielmehr nur Interessen? Ein Blick in die deutsch-amerikanische Geschichte zeigt, dass Beziehungen zwischen Staaten nicht für die Ewigkeit gemacht sind – und dass Deutschland und die USA gerade wieder ihr Verhältnis grundlegend neu definieren müssen.

A

Als im Sommer 2013 öffentlich bekannt wurde, dass der US-Geheimdienst NSA jahrelang Bundeskanzlerin Angela Merkel und weitere deutsche Spitzenpolitiker abgehört hatte, machte die Kanzlerin ihrem Ärger mit dem lakonischen Diktum Luft: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.“ Das sahen die Amerikaner freilich ganz anders: Als die Bundesregierung verkündete, Washington habe Berlin

„Das stärkste Band zwischen beiden Nationen waren die deutschen Einwanderer in die USA.“

den Abschluss eines „No-Spy“-Abkommens über den gegenseitigen Verzicht auf Spionage angeboten, ließ die US-Regierung wissen, sie werde weder über ein solches Abkommen verhandeln noch die Zusage geben, künftig keine deutschen Regierungsmitglieder oder andere Amtsträger mehr auszuspionieren. Später wurde übrigens bekannt, dass auch der deutsche Bundesnachrichtendienst verbündete Regierungen ausgespäht hatte.

Die NSA-Affäre schien einmal mehr den alten realpolitischen Grundsatz zu bestätigen, demzufolge Staaten keine Freunde, sondern nur Interessen haben. Waren die Deutschen naive Idealisten, die die deutsch-amerikanische Freundschaftsrhetorik zu ernst genommen hatten? Ist Freundschaft überhaupt eine sinnvolle Kategorie der internationalen Politik?

Freundschaft zwischen Staaten und Völkern?

Tatsächlich lässt sich die Vorstellung von Freundschaft zwischen Staaten und Völkern bis in die Antike zurückverfolgen. Das klassische Völkerrecht der Frühen Neuzeit beruhte zwar auf der Vorstellung vom Naturzustand als latentem Krieg aller gegen alle, aber souveräne Herrscher versicherten sich in Bündnis- und Friedensverträgen regelmäßig ihrer Freundschaft. Gemeint war damit der Wille zu gutem Einvernehmen, Zusammenarbeit und – bis auf Weiteres – zur Wahrung des Friedens. Das moderne Völkerrecht, wie es in der Charta der Vereinten Nationen kodifiziert ist, erklärt freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zur Voraussetzung des Weltfriedens (Art. 1, Ziff. 2). Wie freundschaftliche Beziehungen aussehen sollen, ist jedoch nicht konkret geregelt. Spionage etwa ist völkerrechtlich weder ausdrücklich erlaubt noch verboten. Ob unter „Freunden“ der Verzicht auf Spionage praktikabel ist, dürfte wohl primär eine politische Frage sein.

Die NSA-Affäre wurde in Deutschland auch deshalb als Vertrauensbruch diskutiert, weil die deutsch-amerikanische Freundschaft seit dem Zweiten Weltkrieg zum Symbol

der moralischen Rehabilitierung Deutschlands und seiner Integration in eine westliche, transatlantische Sicherheits- und Wertegemeinschaft gleichberechtigter Partner geworden war. Wenn nun die westliche Führungsmacht Freunde und Verbündete nach Art eines Imperiums wie unzuverlässige Klientelstaaten behandelte, dann legte dies nicht nur die Machtasymmetrie bloß, sondern bedeutete für die deutsche Seite auch eine narzisstische Kränkung.

Nur der deutsch-französischen Freundschaft kommt für das deutsche Selbstbild eine ähnliche Bedeutung zu wie dem Verhältnis zu den USA. Im Unterschied zu Frankreich waren die Beziehungen zu den USA jedoch niemals durch eine vermeintlich historische „Erbfeindschaft“ belastet. Gewiss, beide Staaten standen sich in zwei Weltkriegen als Feinde gegenüber, und auf beiden Seiten stilisierte die Kriegspropaganda den Krieg zum Konflikt zwischen antagonistischen Gesellschaftsmodellen (was im Zweiten Weltkrieg auch zweifellos der Fall war). Doch nach beiden Weltkriegen entwickelten sich rasch wieder enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen der Siegermacht USA und den besiegten Deutschen.

Obwohl in Deutschland eine lange Tradition des Anti-amerikanismus existiert, in der sich antiliberale, antikapitalistische und teils antisemitische Ressentiments zum Zerrbild einer seelen- und kulturlosen Moderne verdichten, übt die amerikanische Populärkultur bis heute einen unwiderstehlichen Reiz auf das deutsche Publikum aus. Umgekehrt verblissen in den heutigen amerikanischen Deutschlandbildern die alten Nazistereotypen gegenüber wachsender Anerkennung für eine stabile Demokratie, die aus der Geschichte gelernt hat.

Deutsche Einwanderer als stärkstes Band

Am Beginn der „offiziellen“ deutsch-amerikanischen Beziehungen stand ein Freundschafts- und Handelsvertrag

zwischen den Vereinigten Staaten und Preußen aus dem Jahre 1785 – zwei Jahre, nachdem die USA im Frieden von Paris 1783 ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Rund einhundert Jahre prägte freundschaftliches Einvernehmen das politische Verhältnis zwischen Amerikanern und Deutschen. Die USA hielten sich, gemäß der 1823 verkündeten Monroe-Doktrin, aus allen europäischen Streitigkeiten heraus, während Preußen als europäische Landmacht keine überseeischen Ambitionen verfolgte. Im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861 bis 1865) stellte sich Berlin auf die Seite der siegreichen Union; ihrerseits begrüßten die USA 1871 die Gründung des Deutschen Reiches unter preußischer Führung. Das deutsche Volk, erklärte US-Präsident Ulysses S. Grant, folge dem amerikanischen Vorbild bundesstaatlicher Selbstregierung. Deutsche Kultur und Wissenschaft standen in den USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in hohem Ansehen.

Das stärkste Band zwischen beiden Nationen waren die deutschen Einwanderer in die USA. Seit 1683 siedelten Deutsche in Pennsylvania, doch mit der Masseneinwanderung seit den 1840er-Jahren wurden sie zu einer demographisch wie kulturell bedeutsamen Bevölkerungsgruppe. Am Ende des 19. Jahrhunderts machten die Deutschamerikaner rund sechs Prozent der Gesamtbevölkerung aus und pflegten ein reges kulturelles Leben mit eigenen Zeitungen, Kirchengemeinden, Biergärten, Bildungseinrichtungen, Turn- und Gesangsvereinen. Obwohl argwöhnisch von angloprotestantischen Nativisten beäugt, galten die Deutschamerikaner weithin als arbeitsam, bildungsbefähigt, gesetzestreu und patriotisch. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts traten sie auch politisch immer selbstbewusster auf, so dass deutsche Besucher in der Stärke der Deutschamerikaner einen Garanten freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern sahen.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts begann sich das deutsch-amerikanische Verhältnis grundlegend zu wandeln. Beide Länder waren zu führenden Industrienationen und potenziellen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Rivalen geworden, besonders seit das Deutsche Reich lautstark seinen „Platz an der Sonne“ forderte. Die neue Rivalität musste nicht zwangsläufig auf eine militärische Konfrontation hinauslaufen, die vor 1914 kaum jemand für möglich hielt. Dass die USA 1917 mit ihrer außenpolitischen Tradition brachen und erstmals in einem europäischen Krieg intervenierten, war vor allem das Ergebnis fataler Fehleinschätzungen der politischen und militärischen Führung des Deutschen Reiches, insbesondere der Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg vom Januar 1917, die die Risiken eines Krieges gegen die USA grotesk unterschätzte.

Liberty Cabbage statt Sauerkraut

Die Ideologisierung des Krieges ging zunächst von amerikanischer Seite aus. Zwar versicherte US-Präsident Woodrow

Wilson, die USA führten keinen Krieg gegen das deutsche Volk, für das man weiterhin freundschaftliche Gefühle hege, sondern allein gegen Militarismus und Autokratie, doch entfachte die amerikanische Kriegspropaganda eine beispiellose Kampagne gegen die deutsche Kultur, die bisweilen bunte Blüten trieb – Sauerkraut hieß jetzt Liberty Cabbage! Die Demonisierung des Feindes bekamen vor allem die Deutschamerikaner zu spüren, die sich dem Verdacht der Illoyalität und massiver Repression ausgesetzt sahen.

Die Deutschen dagegen richteten angesichts der im Herbst 1918 absehbaren Niederlage ihre Hoffnungen auf das Versprechen Wilsons, der Welt einen gerechten Frieden auf der Grundlage der Gleichheit und Selbstbestimmung der Völker zu bringen. Nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen im Frühjahr 1919 schlug die Stimmung dann in grenzenlose Empörung über den angeblichen „Weltbetrug“ des Präsidenten um, weil dieser die Deutschen erst dazu gebracht habe, im Vertrauen auf einen „Wilson-Frieden“ die Waffen zu strecken, sie dann zum schändlichen Diktatfrieden von Versailles gezwungen habe. Über Jahrzehnte hinweg blieb Wilson in Deutschland eine Hassfigur.

Gleichwohl entwickelten sich nach dem Ersten Weltkrieg rasch wieder relativ gute Beziehungen zwischen den USA und Deutschland. Die Amerikaner hatten großes Interesse an der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Weimarer Republik, die Deutschen waren auf wirtschaftliche und finanzielle Hilfe aus Amerika angewiesen und erhofften sich politische Unterstützung bei ihren Bemühungen und eine schrittweise Revision des Versailler Friedens. In der kurzen Stabilisierungsphase der Weimarer Republik zwischen 1924 und 1929 trug diese auf gemeinsamen Interessen gegründete Freundschaft reiche Früchte. Doch mit der Großen Depression zerbrach nicht nur die ökonomische Basis dieser Freundschaft, sondern auch die deutsche Demokratie.

Historischer Tiefpunkt

Die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur und des Zweiten Weltkriegs markieren den historischen Tiefpunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen. An der grundsätzlichen Feindschaft zwischen Nazideutschland und Amerika bestand von Anfang an kein Zweifel. Obwohl Hitler und die Nationalsozialisten für die technologische Modernität Amerikas eine gewisse Bewunderung hegten, sahen sie das Land vor allem als Hort des „internationalen Finanzjudentums“. US-Präsident Franklin D. Roosevelt, dem angesichts der isolationistischen Stimmung der Öffentlichkeit lange die Hände gebunden waren, war fest davon überzeugt, dass die USA in einer von Diktatoren beherrschten Welt als liberale Demokratie nicht würden überleben können.

Den Krieg, den Hitler den USA im Dezember 1941 erklärte, führten die Amerikaner mit dem Ziel der bedingungslosen



PROF. DR. MANFRED BERG ist seit 2005 Inhaber der Curt Engelhorn-Proessur für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar und am Heidelberg Center for American Studies (HCA) der Universität Heidelberg. Vor seiner Berufung nach Heidelberg war er unter anderem an der FU Berlin und am Deutschen Historischen Institut in Washington, D.C. (USA) tätig. Manfred Berg ist Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zur Geschichte der USA und wurde mit dem Ruprecht-Karls-Preis der Universität Heidelberg (1990), dem David Thelen Award der Organization of American Historians (2006) sowie dem Distinguished Historian Award der Society for Historians of the Gilded Age and Progressive Era (2016) ausgezeichnet. Von 2017 bis 2020 war er Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik“. Seit 2019 ist Manfred Berg Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Kontakt: manfred.berg@zegk.uni-heidelberg.de

Kapitulation des Feindes und der vollständigen Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft. Als gegen Kriegsende das Ausmaß der NS-Verbrechen sichtbar wurde, plädierte Roosevelt für eine harte Bestrafung des ganzen deutschen Volkes, das bei „dreimal täglich Suppe“ über seine Missetaten nachdenken sollte. Deutschland, so lautete die Direktive der US-Armee, war als „besiegter Feindstaat“ zu behandeln. Den Besatzungstruppen wurde ausdrücklich jede „Fraternisierung“ mit der deutschen Bevölkerung untersagt.

Gleichwohl entwickelten sich schon bald wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen Amerikanern und Deutschen. Der geopolitische Grund dafür war der Kalte Krieg, in dessen Brennpunkt Deutschland und insbesondere Berlin in den kommenden Jahrzehnten standen. Die Luftbrücke während der Berlinblockade 1948/49 wurde zum Wendepunkt: Die Flugzeuge der U.S. Air Force, die kurz zuvor noch Bomben abgeworfen hatten, sicherten nun als „Rosinenbomber“ das Überleben der Berliner. Für die Amerikaner wurde Berlin, bis 1945 das Zentrum des Bösen, nun zum Vorposten der Freiheit, zu dessen Bürger sich US-Präsident John F. Kennedy 1963 vor den jubelnden Westberlinern erklärte.

Tatkräftige Unterstützung der Wiedervereinigung

Nach 1945 erwiesen sich die Amerikaner als großzügige Sieger, die den ehemaligen Feinden mit dem Marshallplan wieder auf die Beine halfen. In der Folgezeit entwickelte sich eine breite gesellschaftliche Grundlage der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Millionen von US-Soldaten knüpften enge Beziehungen zur deutschen Bevölkerung, während immer mehr junge Deutsche als Schüler und Studenten Amerika kennenlernten. Auf die Jugend in West- und in Ostdeutschland übten Rock 'n' Roll, Jazz, Hollywoodfilme, Fernsehen, Blue Jeans zum Verdross konservativer Kulturpessimisten eine unwiderstehliche Faszination aus. Der Protest gegen den Vietnamkrieg in den 1960er-Jahren führte zwar zur radikalen Kritik am „US-Imperialismus“, orientierte sich jedoch am Vorbild der amerikanischen Protestbewegungen.

Obwohl die USA als militärische Schutzmacht im Kalten Krieg unverzichtbar waren, traten die Westdeutschen mit wachsendem wirtschaftlichem Gewicht zunehmend selbstbewusster auf, insbesondere in der Politik gegenüber dem Ostblock. Solange die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis nicht infrage gestellt wurde, konnten die Amerikaner mit der begrenzten deutschen Eigenständigkeit leben. Wie groß das in vier Jahrzehnten deutsch-amerikanischer Freundschaft angehäufte Vertrauenskapital war, zeigte sich nach dem Fall der Berliner Mauer, als die Administration von Präsident George H. W. Bush, im Unterschied zu den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens, die deutsche Wiedervereinigung tatkräftig unterstützte. Die von Bush ausgesprochene

Einladung zu einer globalen deutsch-amerikanischen „Führungspartnerschaft“ konnte und wollte das vereinte Deutschland indessen nicht annehmen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges prophezeiten manche Auguren in den USA ein Wiederaufleben deutsch-amerikanischer Rivalität, weil Deutschland erneut nach Hegemonie und Großmacht streben werde. Tatsächlich waren die von den Kosten der Einheit gebeutelten Deutschen vor allem an einer Friedensdividende interessiert und akzeptierten bereitwillig den Führungsanspruch der „unverzichtbaren Nation“, wie sich die Amerikaner in den 1990er-Jahren gerne selbst nannten. Sogar Teile der deutschen Linken, angeführt vom grünen Außenminister Joschka Fischer, schätzten die enge Bindung an die USA nun als Ausdruck einer unumkehrbaren „Verwestlichung“ Deutschlands. Die „uneingeschränkte Solidarität“, die die rot-grüne Bundesregierung den Amerikanern nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 zusicherte, reichte klugerweise aber nicht so weit, der Administration von George W. Bush in ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak zu folgen. Die Deutschen versicherten, mit ihrer Kritik an der US-Politik ihre amerikanischen Freunde vor einem schweren Fehler bewahren zu wollen, mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass die Ratschläge des „alten Europa“ nicht gefragt waren.

„Wie groß das in vier Jahrzehnten deutsch-amerikanischer Freundschaft angehäufte Vertrauenskapital war, zeigte sich nach dem Fall der Berliner Mauer.“

Immer weiter abnehmende Bindungen

Die Wahl Barack Obamas nährte in Deutschland Hoffnungen auf eine Erneuerung der transatlantischen Wertegemeinschaft. Abgesehen davon, dass auch die Obama-Administration robuste Interessenpolitik betrieb, wurde auf deutscher Seite vielfach übersehen, dass in Amerika die innenpolitischen Grundlagen der westlichen Allianz immer stärker erodierten. Mit Donald Trumps „America First“ setzte sich 2016 ein neoisolationistischer, unilateraler Nationalismus durch, der tief in der amerikanischen politischen Kultur verwurzelt ist. Trump versteht internationale Politik als Nullsummen-

BEST FRENEMIES

A HISTORICAL LOOK AT GERMAN-AMERICAN FRIENDSHIP

MANFRED BERG

In the history of the Federal Republic, the ideal of a close German-American friendship has served as a token of Germany's integration into a Western community of values and security. Despite two world wars, Germans and Americans have a long common history of friendly and cooperative political and economic relations as well as a history of cultural exchange and migration. From the late 18th to the late 19th centuries, relations were shaped by the absence of serious conflicts of interest and by millions of German immigrants, who had a profound impact on American life.

During the first half of the 20th century, however, the two nations came to view each other as rivals for global power and, eventually, as bitter enemies. After the Second World War, the United States integrated West Germany into its Cold War alliance and played a key role in the country's economic, political, and moral rehabilitation. The close German-American alliance paid off when the United States took the lead in reuniting Germany at the end of the Cold War. Subsequently, disputes over trade issues and the use of military force emerged but America has remained Germany's key ally.

Donald Trump's pursuit of "America First" represents a fundamental challenge not only to the Western alliance in general but to German-American relations in particular. Regardless of Trump, the halcyon days of the transatlantic community are over. Germans and Americans will need to find a new base for an amicable relationship of mutual benefit. ●

PROF. DR MANFRED BERG has held the Curt Engelhorn Chair in American History at Heidelberg University's Department of History and at the Heidelberg Center for American Studies (HCA) since 2005. He previously taught at the Free University of Berlin and was a fellow at the German Historical Institute in Washington, D.C. (USA). Manfred Berg is the author of numerous books and articles on U.S. history; his work has been honoured with the Ruprecht Karls Prize of Heidelberg University (1990), the David Thelen Award of the Organization of American Historians (2006), and the Distinguished Historian Award of the Society for Historians of the Gilded Age and Progressive Era (2016). Since 2019, Manfred Berg has been a member of the Heidelberg Academy of Sciences and Humanities.

Contact: manfred.berg@zegk.uni-heidelberg.de

“The good old days of German-American friendship and the Western community of values are now in the past.”

„Die gute alte Zeit der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der westlichen Wertegemeinschaft ist Geschichte.“

spiel, in dem es um kurzfristige Gewinnmaximierung und das Kräftemessen starker Führer geht. Die Deutschen mussten feststellen, dass der Präsident, dessen Vorfahren aus der Pfalz stammen, eine besondere Animosität gegen Deutschland hegt, das er als wirtschaftlichen Rivalen und sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer misstrauisch beäugt.

Dass Donald Trump kein Freund Deutschlands ist, lässt sich verschmerzen. Die Deutschen können sich damit trösten, dass ihr Land in der liberalen amerikanischen Öffentlichkeit als stabile Demokratie und funktionierender Sozialstaat hohes Ansehen, ja seit der Corona-Krise sogar Bewunderung genießt. Aber wir sollten uns keinen Illusionen hingeben: Die gute alte Zeit der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der westlichen Wertegemeinschaft ist Geschichte. Sie wird auch nach dem Ende der Präsidentschaft Donald Trumps nicht zurückkehren, und zwar nicht nur, weil jede US-Regierung in der Handels- und Sicherheitspolitik zuerst die Interessen der USA vertreten wird. Die Deutschen müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass in den USA des 21. Jahrhunderts die demographischen und kulturellen Bindungen an Europa immer weiter abnehmen werden. Wir werden eine Antwort auf die Frage finden müssen, was deutsch-amerikanische Freundschaft künftig bedeuten soll. Feindschaft, das lehrt die Geschichte, ist keine Option. ●

Amerikastudien in Forschung und Lehre

Das im Jahr 2004 gegründete Heidelberg Center for American Studies (HCA) gehört zu den zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen der Universität Heidelberg. An dem multidisziplinären Zentrum werden historische, kulturelle, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den USA erforscht und analysiert. Darüber hinaus fördert es den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit und trägt zur Schaffung und Stärkung transatlantischer Netzwerke bei. Das HCA, das seit 2006 im Curt und Heidemarie Engelhorn Palais angesiedelt ist, wurde mithilfe privater Förderer aufgebaut und finanziert sich als „Public-private-Partnership“ zu erheblichen Teilen auch aus privaten Mitteln. Direktor ist der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Welf Werner.

Das HCA bündelt die auf Amerika bezogene Forschung von sechs Fakultäten und sieben Disziplinen der Universität Heidelberg. In jeweils einem Bachelor- und Masterstudiengang sowie einem Ph.D.-Programm in American Studies bildet es interdisziplinär geschulte und interkulturell qualifizierte Amerika-Experten aus. Mehr als 400 Studierende aus rund 50 Ländern haben dieses Angebot seit 2004 wahrgenommen. Im Herbst 2017 startete das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit rund 3,5 Millionen Euro geförderte Graduiertenkolleg „Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik“.

www.hca.uni-heidelberg.de